



Pressemitteilung

Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V.

Mauterhöhung und unharmonisierte Umweltgesetzgebung verschärfen die wirtschaftliche Lage im Transportgewerbe in Berlin und Brandenburg Jahresmitgliederversammlung der Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V.

(Berlin, 13.10.2008) Massive Kritik an den Mauterhöhungsplänen der Bundesregierung und dem sogenannten Mautkompromiss der Länder übte der Vorsitzende der Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V., Michael Eichen, anlässlich der Jahresmitgliederversammlung am 11.10.2008 in Berlin. Ohne dass die für die Mauteinführung zugesagte Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen vollumfänglich realisiert ist, drehen der Bundesverkehrsminister und offenbar inzwischen auch die Länder massiv an der Abgabenschraube. Als geradezu grotesk, so Eichen in seinem Vorstandsbericht, mute dabei an, dass die Mauterhöhung jetzt sogar zur Voraussetzung erklärt werde, die Harmonisierungszusage im vollen Umfang umzusetzen. „Das heißt ja nichts anders, als dass das Gewerbe die Harmonisierung selbst bezahlt!“, erklärte der Vorsitzende des in der Hauptstadtregion mitgliederstärksten Transportunternehmerverbandes.

Gleichzeitig wiederholte er im Hinblick auf die ab 2010 drohende zweite Stufe des Luftreinhalteplans Berlins, die dann nur noch Fahrzeugen mit grüner Feinstaubplakette die Zufahrt zur Umweltzone der Hauptstadt gestatten soll, die unabgestimmte Rechtssetzung der EU im Umweltbereich. Emissionsgrenzwerte für Neufahrzeuge und Immissionsgrenzwerte passen nicht aufeinander und führen somit faktisch dazu, dass Widersprüche in der Umwelt- und Gesundheitspolitik auf dem Rücken des Transportgewerbes ausgetragen werden. Unter dem Gesichtspunkt, dass 2010 Euro 3-LKW und –Busse häufig noch nicht einmal vollständig abgeschrieben sind, habe die Innung gemeinsam mit anderen Interessenvertretungen der Wirtschaft in den zurückliegenden Monaten massive Anstrengungen unternommen, für diese Fahrzeuge mit gelber Plakette eine Übergangsfrist nach 2010 zu erwirken. Eichen zeigte sich zuversichtlich, dies realisieren zu können. Anderenfalls drohen den meisten Transport- und Busunternehmen der Metropole existentielle Gefahren.

Im Bericht der Geschäftsführung würdigte Innungsgeschäftsführer Gerd Bretschneider die Verbandsarbeit des Jahres 2007. Neben den Themen Luftreinhaltung und Lärminderung ging es auch dort um die Themen LKW-Maut und wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Betriebe. Hinzu kamen die Themen Neuregelungen der Sozialvorschriften, des Nachweisrechts für Entsorgungsunternehmen, Vereinfachungen im Genehmigungsrecht für Busbetriebe im Gelegenheitsverkehr und andere Fragestellungen.

Im öffentlichen Teil der Zusammenkunft standen in Statements und einer anschließenden Podiumsdiskussion ebenfalls Umweltfragen auf der Tagesordnung. Unter dem Thema „Das magische Dreieck Verkehr-Technologie-Umweltschutz – Politische Erwartungen und Forderungen versus technische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen“ gab zunächst RA Stefan Kopp-Assenmacher aus der auf Umwelt- und Europarecht spezialisierten Kanzlei Köhler & Klett (Köln, Berlin, Brüssel) einen Überblick über den auch für den Verkehrssektor maßgeblichen



Pressemitteilung

Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V.

chen Komplex Umweltrecht auf europäischer Ebene. Anschließend skizzierte Stefan Klatt, Leiter Regierungsbeziehungen bei der MAN Nutzfahrzeuge AG, die Möglichkeiten und Probleme bei der Entwicklung alternativer Antriebstechnologien und bei der Weiterentwicklung des Dieselmotors sowie anderer Fahrzeugkomponenten hinsichtlich künftiger Umweltstandards. Prof. Dr. Volker Schindler, Leiter des Fachgebiets Kraftfahrzeuge im Institut für Land- und Seeverkehr an der technischen Universität Berlin, gab einen Einblick in technische und volkswirtschaftliche Aspekte, die bei der politischen und rechtlichen Rahmensetzung zu erwarten sind.

In der anschließenden Podiumsdiskussion, an der außer den Referenten mit Michael Eichen und Karsten Schulze, geschäftsführender Gesellschafter der HARU Reisen oHG, zwei Unternehmer teilnahmen, forderten besonders die Unternehmer, aber auch Klatt als Vertreter der Nutzfahrzeugindustrie politische Verlässlichkeit und für angemessene Zeiträume auch Planungssicherheit. Gerade letztere – so das Resümee von Eichen und Schulze – sei in den zurückliegenden Jahren zu vermissen gewesen. Der gerade bekannt gewordene Mautkompromiss mache deutlich, dass der Umweltgedanke inzwischen offenbar politischer Spielball zur fortschreitenden und vor allem kurzfristigen Abgabenbelastung der Verkehrswirtschaft sei.

Klatt und Schindler zeigten sich ferner überzeugt, dass trotz der fortgeschrittenen Entwicklung der Hybridtechnologie der Dieselantrieb auch in den nächsten Jahren die Nutzfahrzeugwelt beherrschen wird. Erbliche Verbesserungen dieses Antriebs lassen sich allerdings erzielen, wenn die Kraftstoffqualität weitere Verbesserungen erfahren würde, zeigten sich beide überzeugt.

Im Umweltbereich wieder zu angemessenen und für die Unternehmen zu verkraftenden Rahmenbedingungen zurückzufinden, werde die Verbands- und Interessenarbeit der nächsten Jahre prägen, so die Quintessenz der Veranstaltung.

Die Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V., gegründet 1888, vertritt und betreut rund 400 Güterkraftverkehrs- und ca. 100 Personenverkehrsunternehmen in Berlin und Brandenburg. Gewerbepolitisch betreut sie ferner die Entsorgungsgemeinschaft Abfall Berlin-Brandenburg e. V. Ihr Engagement im Bereich Verkehrssicherheit bündelt die Innung seit diesem Jahr in der VSBB Verkehrssicherheit Berlin-Brandenburg GmbH.

Verantwortlich: Gerd Bretschneider
Telefon: 030 – 251 06 91
Fax: 030 – 251 06 93
e-Mail: info@fuhrgewerbe-innung.de
Internet: www.fuhrgewerbe-innung.de